

Allheilmittel oder schleichendes Gift?

Privatisierung — Am Beispiel der Wasser- und Stromversorgung in den Philippinen

von Niklas Reese

Unter den Verfechtern des Neoliberalismus gilt die Privatisierung alles Öffentlichen als Allheilmittel. In ihren Augen arbeitet der Staat grundsätzlich ineffizienter als private Anbieter, die sich den Prinzipien von Konkurrenz und Effizienz aussetzen müssen. Privatisierung führe daher zu einer effizienteren Ressourcennutzung, erhöhe den Wettbewerb, senke so die Preise und mehre die Dienstleistungsfreundlichkeit. Sie lasse Devisen ins Land fließen und entlaste auch noch die öffentlichen Haushalte. Ihr staatskritisches und unternehmerfreundliches Credo: Rolling back the state and unleashing the markets.

eit Beginn der neoliberalen Wende wurden staatliche Unternehmen und Dienstleistungen weltweit privatisiert. Das war nicht nur ideologisch motiviert¹, sondern auch eine Reaktion auf leere und überschuldete öffentliche Kassen (die wiederum auch eine Folge vom Glauben sind, dass man den Staat zurechtstutzen und Steuern senken muss, um private Initiative zu ermöglichen).²

In Europa sind seit Anfang der achtziger Jahre drei Privatisierungswellen zu beobachten gewesen: Erst im industriellen Sektor, danach v.a. in Großbritannien im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen und Infrastruktur wie Wasserversorgung und öffentlicher (Nah-) Verkehr. Heute stehen die sozialen Dienste wie Gesundheit, Bildung oder die sozialen Sicherungssysteme im Fadenkreuz der Privatisierungsfetischisten.

Strukturanpassungsprogramme

Wie ein Mantra gehört(e) Privatisierung — im Verbund mit ihren Schwestern Deregulierung, Liberalisierung und Weltmarktöffnung — jeher auch zu den zentralen Aufgaben, die Ländern des Südens im Rahmen von Strukturanpassungsprogrammen gemacht wurden und werden. Leere öffentliche Kassen infolge von hohem Schuldendienst und mangelnden Steuereinnahmen zwingen diese, Entwicklung (etwa die Bereitstellung öffentlicher Infrastruktur) und öffentliche Dienstleistungen zu privatisieren (etwa in Form von Kooperationen zwischen Staat und Privatwirtschaft, den Public-Private-Partnerships oder Build-Operate-Transfer (BOT)-Schemata, bei denen der Staat garantiert, die von Privatprojekten wie Staudämmen, Kraftwerken produ-

zierten Güter — hier: Strom — aufzukaufen und die Projekte schließlich nach zehn oder 25 Jahren zu übernehmen). Dieses Mantra bestimmt auch den Geist der Welthandelsorganisation WTO.

Erfahrungen weltweit zeigen jedoch, dass Privatisierung oft — entgegen der Behauptungen neoliberaler Wirtschaftspolitik — zu einer ineffizienteren Erbringung von Dienstleistungen geführt hat, zu Qualitätseinbußen, Preissteigerungen und einem erschwertem Zugang zu und Verschlechterung von Infrastruktur (beispielsweise bei der Grundversorgung in Ländern des Südens, den Eisenbahnen in Großbritannien, der Stromversorgung in Kalifornien oder der Wasserpreisexlosion in Bolivien, um nur einige wenige Beispiele zu nennen). Zudem führte Privatisierung zu Entlassungen, Lohnsenkungen und prekären Beschäftigungsverhältnissen sowie zu einer Übernahme nationaler Unternehmen durch ausländische Investoren. Privatisierung und Entstaatlichung gehen auch mit einer Umverteilung der Eigentumsverhältnisse von den Vielen zu den Wenigen einher — in der Regel zu den ohnehin schon Besitzenden und zu ausländischen Firmen. So trägt Privatisierung maßgeblich zu einer weiteren Spaltung der Gesellschaften in Modernisierungsgewinner und Modernisierungsverlierer bei.

Die Strukturanpassungsprogramme haben größtenteils negative Auswirkungen auf die Länder des Südens und die osteuropäischen Transformationsländer — Zu diesem Schluss kommt auch der im Frühjahr 2002 erschienene Abschlussbericht der von Weltbank und Zivilgesellschaft gemeinsam durchgeführten Structural Adjustment Program Review Initiative (SAPRI) Der Zugang zu bezahlbaren und qualitativ hochwertigen Diensten und Versorgungsleis-

Versorgungsleistungen habe sich für die Gesellschaft im Ganzen nicht verbessert, die Preise seien jedoch überall gestiegen — so die Studie.

Das Einkommen der meisten Menschen ist kaum, wenn überhaupt, gestiegen; von Privatisierung profitieren konnten so bloß große Unternehmen (als Anbieter und Konsumenten) und ›Besserverdienende‹ (sie als Aktionäre der Privatunternehmen und als nun bevorzugt versorgten Verbraucher).³ Arbeitslosigkeit, Beschäftigungsunsicherheit und Arbeitsbelastung hätten dagegen zugenommen — und Frauen seien besonders davon betroffen.

Oft seien Monopolsituationen entstanden, da schwache staatliche Regulierungsmechanismen die privatisierten Unternehmen nur unzureichend kontrollierten. Zudem gerieten strategisch bedeutsame Versorgungsleistungen unter ausländische Kontrolle. Denn nur die großen transnationalen Unternehmen hätten die notwendigen Investitionskapazitäten, Kapitalrücklagen, Technologie und Erfahrung, um große Staatsunternehmen zu übernehmen. Die Folge: »Die Bereitstellung von Versorgungsleistungen wie Strom, Wasser und Telekommunikation richtet sich dann nach ausländischen Kapitalinteressen — und nicht nach Bedürfnissen vor Ort«, so der SAPRI-Report.

Nur da, wo Privatisierung zur Stärkung kleiner und mittelständischer Unternehmen geführt hat, könne von positiven Folgen die Rede sein. Diese positiven Folgen seien jedoch mehrheitlich nicht auf Privatisierungs-

Niklas Reese ist Geschäftsführer des philippinenbüros und Koordinator des Projekts ›soziale Folgen der Globalisierung‹ des Asienhauses.

sondern auf Dezentralisierungs- und Regionalisierungseffekte zurückzuführen, da verbrauchernehe Unternehmen an die Stelle nationaler Versorgungsmolochs getreten sind. Die SAPRI-Studie kam zu dem Ergebnis, dass »Arbeitsproduktivität nicht von Besitzverhältnissen abhängt, sondern von einem effizienten Management«. Profitorientierte Großunternehmen sind also nicht die Einzigen, die Effizienz gewährleisten können.

Privatisierung der Wasserversorgung in den Philippinen

Weltweit haben 1,5 Milliarden Menschen keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser, 80 Prozent der Krankheiten werden über unsauberes Trinkwasser verbreitet. Sinkende Trinkwasservorräte, gepaart mit Bevölkerungswachstum und selektiver Industrialisierung, machen Wasser mehr und mehr zu einer knappen Ressource und verstärken Nutzungskonkurrenz und Wettbewerb. Die zunehmende Wasserknappheit entpuppt sich als eine sehr profitversprechende Möglichkeit zum großen Geschäft.

1997 wurde die öffentliche Wasserversorgung von Metro Manila privatisiert — erzwungen von einem der vielen Strukturpassungsprogramme des IWF. Mit einem Markt von 11 Millionen Konsumenten war es die bis heute weltweit größte Privatisierung einer öffentlichen Wasserversorgung.

Die Privatisierung sollte:

- innerhalb von zehn Jahren eine hundertprozentige Wasserversorgung gewährleisten (1997 lag sie bei 67 Prozent),
- Wasser rund um die Uhr verfügbar machen,
- ein Abwassersystem aufbauen, das nach 25 Jahren 80 Prozent der Haushalte erfasst (1997 waren es gerade einmal 8 Prozent, der Rest wird ungeklärt in die Manila Bay geleitet),
- den Staat siebeneinhalb Milliarden US-Dollar Investitionen und jährlich zwei Milliarden US-Dollar Subventionen einsparen lassen und ihm vier Mrd. US-Dollar Körperschaftsteuer einbringen (auch wenn die Betreiber erst einmal acht Jahre Steuerfreiheit genießen).
- Und bei allem sollte der Wasserpreis real nicht steigen.

Ein ambitioniertes Programm! Doch es fanden sich Investoren, die dies zu garantieren versprochen. So wurden nach einer Ausschreibung zwei Konzessionen vergeben, für Manilas Westen an die Firma Maynilad, für Manilas Osten an Manila Water.⁴

Beide Konzessionäre haben sich vertraglich verpflichtet, das Wassernetz zu sa-

nieren und die Versorgung auszuweiten d.h. vor die vielen bislang unversorgten Slums an das Wassernetz anzuschließen.

Da die philippinische Verfassung die Beteiligung von Ausländern u.a. an Schlüsselversorgungseinrichtungen auf 40 Prozent begrenzt, sind Manilas Wasserversorger nur teilweise in ausländischem Besitz. Mitbeteiligt sind jeweils auch zwei der einflussreichsten und vermögendsten Familien der Philippinen, deren Konzerne auch im Energie-, Immobilien-, Verkehrs-, Telekommunikations- und Mediensektor stark vertreten sind. Es sind die Familie Lopez, denen auch der Stromversorger Manilas, Meralco, gehört, die gemeinsam mit dem französischen Konzern Lyonnais des Eaux Maynilad besitzen, und die Ayalas, die mit dem amerikanisch-britisches Konsortium International Water Ltd. Manila Water ihr eigen nennen.

Die Privatisierung wurde anfangs von vielen sehr begrüßt. Denn beim öffentlichen Versorger MWSS traten viele der Probleme auf, derer man öffentliche Monopole verdächtigt: systemische Verluste, schlechter Service und eine mangelhafte Gebühreneintreibung, die zu hohen Verlusten führte. Die Kolumnistin Maria Ceres Doyo schrieb unmittelbar vor der Privatisierung: »Die Grunddienste werden durch die Regierung so schlecht geliefert (wenn überhaupt), dass die Menschen jede Veränderung begrüßen werden.«

Die neuen Betreiber konnten daher mit wenig Aufwand die Preise erst einmal drastisch senken — um 43 Prozent bzw. gar 74 Prozent.⁵

Ausbau der Wasserversorgung

Für viele Slums hat sich die Versorgung (verglichen mit dem zuvor indiskutabel niedrigen Niveau) seitdem verbessert — wenn sie die Investitionskosten in Höhe von 100 000 Pesos für Anschluss, Verlegung und Grundgebühr aufzubringen vermochten. Ohne Wasseranschluss müssen die Slumbewohner/innen pro Haushalt oft bis zu 1500 Pesos im Monat für Wasser ausgeben, das sie bei Wasserhändlern (Aquadores) kaufen und für das gerade die Frauen auch noch längere Wege auf sich nehmen müssen. Wo es hingegen öffentliche Wasserstellen und private Anschlüsse gibt, wird Wasser leichter zugänglich und zudem sehr viel billiger — es ist für etwa 300-400 Pesos im Monat pro Haushalt zu haben.

Dennoch die Wasserhähne werden zuge dreht wenn die Bewohner/innen nicht zahlen können. Dann müssen sie wieder Wasser bei den Aquadores kaufen. Die Armen werden also weiterhin gezwungen, bei der

Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse nach Wasser, Nahrung, Strom und Gesundheit Prioritäten zu setzen.⁶

Beim Ausbau der Wasserversorgung in den letzten Jahren wurden dennoch die Kaufkräftigen in den besseren Wohngebieten bevorzugt bedient. Und generell geht die Verbesserung der städtischen Wasserversorgung teilweise auf Kosten der ländlichen Gebiete. Manilas Wasser kommt größtenteils aus dem Angat-Staudamm in Nordluzon, dessen Wasser auch der Bewässerung des Agrarlandes vor Ort dient. In Zeiten der Wasserknappheit (etwa während der Trockenheit während des Wetterphänomens El Nino) wird Wasser eher nach Manila geleitet als auf die Felder der Kleinbauern.⁷

Ihre vollmundigen Versprechen, mit denen sie die Ausschreibung gewonnen haben, setzen Maynilad und Manila Water unter dauerndem Erfolgsdruck. Sie haben daher in den letzten Jahren des Öfteren versucht, die Verträge nachträglich abändern zu lassen. »Politischer Druck der Besitzer und die Schwäche der Regulationsbehörde erlaubte dann den Privatunternehmen, recht nachlässig mit den Bedingungen umzugehen, zu denen ihnen die Konzessionen erteilt wurden« — sagt Rhoda Viajar von der Wasserabteilung der Freedom from Debt Coalition, einem breiten zivilgesellschaftlichen Netzwerk, das die privatisierungskritischen Kräfte anführt.

Diese sehr aktive Zivilgesellschaft konnte in den letzten fünf Jahren Schlimmeres verhindern. Sie — und nicht die Regulationsbehörde — hat den Privatunternehmen zumindest etwas Performance abgetrotzt. Sie hat zahlreiche Versuche verhindert, dass die Konzessionäre ihnen allzu genehme Leute in die Regulationsbehörde lancieren konnten und die Preise nicht zu sehr gestiegen sind.

Preisanstieg

Gestiegen sind die Preise aber dennoch — und zwar bald. Die Asienkrise 1997 bot die erste Gelegenheit, die Preise zu erhöhen. Heute verlangt Maynilad — inflationsbereinigt — 60 Prozent mehr als vor der Privatisierung, die Preise von Manila Water liegen noch knapp unter dem Niveau vor der Privatisierung, immerhin aber mehr als doppelt so hoch wie unmittelbar nach der Privatisierung.

Mit zu niedrigen Preisen haben die Wasserfirmen die Ausschreibung gewonnen — und der Konzessionsvertrag erlaubt keine Anpassung der Preise allein aufgrund fehlerkalkulierter Abgabepreise. Also müssen die Betreiber zu anderen Begründungen greifen — v.a. dem Verfall des Wechselkurses, aber auch dem Wetterphänomen El Nino, Tiefbrunnenbohrungen oder den Kosten von Öffentlichkeitskampagnen. Gründe, die allesamt bei Konzessionsvergabe hätten eingeplant werden müssen und sicherlich keine »außerordentlichen Gründe« sind, die allein eine Preissteigerung zulässig machen würden. Auf dem freien Markt würden Unternehmen, die (scheinbar) so planlos Kostenkalkulation betreiben, schnell verdrängt.

Die Betreiber drohen regelmäßig mit Leistungseinschränkungen (die sie vertraglich zugesagt haben) oder mit Entlassungen, sollte die staatliche Regulierungsbehörde ihren Anträgen auf Preiserhöhung nicht ausreichend entsprechen.

Maynilad machte dennoch vom ersten Jahr an Verluste in Milliardenhöhe — von 1997 bis 2001 im Umfang von insgesamt 4,1 Mrd. Pesos. Als Maynilad im Februar 2002 drohte, bankrott zu gehen, stellten sie einfach einseitig die Zahlung der Konzessionsgebühren ein — immerhin 200 Millionen Pesos jährlich. Ohne Konsequenzen!

Hauptgrund für die Verluste der Wasserfirmen: Der Anteil des Wassers, das zwar ins Netz geleitet, jedoch nicht vergütet wird, ist unvorstellbar hoch — für zwei Drittel des Wassers werden keine direkten Einnahmen erzielt, was auf Wasserverbrauch, der nicht in Rechnung gestellt wird, unreparierte Wasserrohre, Wasserdiebstahl und andere »systemische Verluste« zurückzuführen ist. Diese Mindereinnahmen müssen überwiegend die zahlenden Konsumenten mit höheren Wasserpreisen decken.⁸

Für 2003 sind weitere Preissteigerungen vorgesehen; Maynilad will die Preise von 15,46 auf 30 Pesos pro Kubikmeter erhöhen, Manila Water von 6,75 Pesos auf 25. Aus der Regulationsbehörde ist zu vernehmen, dass man immerhin 26 Pesos für Maynilad und 17 Pesos für Manila Water genehmigen wird. Damit liegen die Preise weit über

Öffentliche Wasserstelle

dem Niveau, das die hoffnungslose ineffiziente staatliche Wasserversorgung vor der Privatisierung verlangte.

Für den Sprecher des Netzwerkes Bantay Tubay (Wächter des Wassers), Jude Esguerra, sind diese Erhöhungen ungerechtfertigt, »weil die Leistungen der Wasserversorger nicht verbessert wurden. Viele Haushalte haben immer noch keinen Anschluss an das Wassernetz und andere müssen eine ärmliche Versorgung wie eingeschränkte Wasserdieferungen und Lecke in Kauf nehmen.«

Doch auch wenn sie mit ihren Firmen nicht Extraprofite, ja sogar Verluste zu machen scheinen, so haben dennoch Multi-Sektor-Konzerne wie die der Ayalas oder Lopezos ein unmittelbares Interesse daran, die öffentlichen Versorgungsunternehmen zu kontrollieren. Denn das kommt ihren weitverbreiteten Immobiliengeschäften und –projekten zugute. Selbst also wenn private Versorgungsunternehmen wegen staatlicher Einschränkungen keine Monopolgewinne erzielen können, das Geld wird anderswo gemacht — und die Kontrolle über die öffentlichen Versorgungseinrichtungen ist dafür sehr nützlich.⁹

Die Diskussion um die Wasserprivatisierung wird hauptsächlich über den Preis geführt, die Privatisierung macht aber auch andere Probleme. So hat sich z.B. der Staat durch die Konzessionsvergabe jeder

Möglichkeit entzogen (oder der Verpflichtung entledigt), zeitnah seinem Versorgungsauftrag nachzukommen. Die Verträge sind auf Jahre hinaus festgelegt. Der konkrete Bedarf aber mag im Nachhinein andere Dringlichkeiten entstehen lassen. Die Konzessionäre bleiben zwar hinter ihren ambitionierten, jedoch vertraglich zugesicherten Zielen zurück, der Staat darf dennoch nicht in deren Konzessionsgebiet Wasser verkaufen, um Not zu lindern.

Stromversorgung

Gleich nach Beendigung der Marcos-Diktatur öffnete Präsidentin Corazon Aquino den Strommarkt für private Investoren. Nun durfte jeder, der wollte, ein Kraftwerk bauen. Fabriken und Einkaufszentren machten den Anfang und bauten ihre eigene Stromversorgung auf. Anfang der neunziger Jahre gerieten die Philippinen in eine schwere Stromversorgungskrise — eine Folge der Vernachlässigung des Energiesektors unter Aquino. Aquino galt als »Königin der Dunkelheit«, Stromausfälle von 12 Stunden täglich waren keine Seltenheit. Die Krise drohte durch das ambitionierte Wirtschaftsprogramm Philippines 2000 ihres Nachfolgers Ramos, der die Philippinen zu einem kleinen Tiger machen wollte, sich zu verschärfen.

1993 gewährte das Parlament Ramos durch den National Energy Act Sondervollmachten. Ramos ließ die Nationale Strombehörde NAPOCOR insgesamt 31 Verträge mit privaten Stromproduzenten (Independent Power Producers — IPPs) abschließen. (13 solcher Verträge wurden schon unter Aquino abgeschlossen.) Alle diese Kraftwerke sind BOT-Projekte (s.o.). Die Verträge konnten wegen den Sondervollmachten im Eilverfahren und unter Ausschluss der Öffentlichkeit abgeschlossen werden.

Diese Verträge wiesen außergewöhnliche Bonbons auf: So wurde den IPPs zugesagt, ihnen bis zu 90 % der Strommenge garantiert abzunehmen (Take or Pay), egal ob der Strom geliefert oder gar produziert wurde. (Im Durchschnitt wurden 2002 nur 10 bis 40 Prozent der Kapazitäten der IPPs ü-

Foto: N. Ramos

Quelle: FDI

berhaupt ausgeschöpft.) Des Weiteren beinhalten die Verträge Wechselkursgarantien, eine umfassende Treibstoffvergütung, Mindestgewinngarantien und Investitionsbeihilfen wie kostenloses Bauland.

Auch als die Stromversorgung sich nachhaltig verbessert hatte, wurden noch zwölf Verträge mit IPPs unter Ramos abgeschlossen. Zahlreiche seiner Freunde und politischen Verbündeten gehören zu den Vertragsnehmern.

Da die meisten Verträge in US-Dollar abgeschlossen wurden, führte der Einbruch der Wechselkurse zu einer starken Verschuldung der NAPOCOR. Ende 2000 schuldeten sie den IPPs 535 Milliarden Pesos (1995 waren gerade mal 35 Milliarden) — diese Schulden machen heute mehr als die Hälfte aller Verbindlichkeiten der NAPOCOR von 900 Milliarden aus. In den nächsten zehn Jahren wird NAPOCOR an die 500 Milliarden Pesos Schuldendienst leisten müssen.

Zugleich werden die Mehrkosten in Form eines Preisaufschlages an die Verbraucher/innen weitergereicht. Dieser Purchased Power Adjustment (PPA) führt gegenwärtig zu einem Aufschlag von 100 Prozent auf die Grundrechnung. So haben die Philippinen heute die teuersten Strompreise Asiens.¹⁰

Gerade für Slumbewohner/innen ist die Stromrechnung zuweilen so hoch, dass sie nicht mehr regelmäßig bezahlt werden kann und ihnen für ein bis zwei Monate der Strom abgestellt wird (worauf einige den Strom vorübergehend illegal anzapfen).

Im Juni 2001 wurde ein Gesetz verabschiedet, das die Privatisierung der NAPOCOR eingeleitet hat — unter Druck von Weltbank und asiatischer Entwicklungsbank, die Kredite in Höhe von einer Milliarden US-Dollar bereitgestellt haben, um die Privatisierung über die Bühne zu bringen. Die Schulden der NAPOCOR werden dabei vom Staat übernommen.¹¹

Das Gesetz sieht auch den allmählichen Abbau von Quersubventionierungen

vor, was nach Angaben der ADB insbesondere zu höheren Strompreisen in marginalisierten Gegenden wie Mindanao führen wird. Wenn auch allgemein »soziale Tarife« im Gesetzeswerk vorgesehen sind, so bleibt diese Vorkehrung ohne jegliche Präzisierung.

Die Kraftwerke der IPPs produzieren im Durchschnitt teurer als die Kraftwerke, die der NAPOCOR gehören. (Im Durchschnitt kostet die Generierung eines Megawatt durch IPPs 76 US-Dollar, NAPOCOR produziert einen Megawatt für durchschnittlich 57 US-Dollar.)¹²

Ein Untersuchungsausschuss von Justizministerium und der Nationalen Wirtschaftsbehörde NEDA kam im Oktober 2002 zum Ergebnis, dass 29 von 35 Verträgen mit IPPs entweder rechtliche oder finanzielle Mängel aufweisen, unter ihnen unstrittene Großprojekte wie der San Roque Damm, das Kohlekraftwerk Sual in Ramos' Heimatprovinz Pangasinan und der Casecan Damm in Nordluzon.

Zivilgesellschaftliche Organisationen und zahlreiche Abgeordnete fordern darum, dass diese Verträge entweder neu verhandelt — oder aber für nichtig erklärt werden.

Aus der Privatwirtschaft ist dagegen zu hören, dass in einigen Jahren der Strom wieder knapp werden könnte und dringend Investitionen in den Energiesektor getätigt werden müssten. Die Annullierung von Verträgen würde da ein Todesstoß für das Vertrauen potentieller Investoren bedeuten.

GATS

Die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen soll bald international verpflichtend werden — im Rahmen des General Agreement for Trade and Services (GATS).

Schon 1995 wurde über den Warenhandel hinaus — völkerrechtlich verbindlich — auch der Handel mit Dienstleistungen in die Regelung des internationalen Handels

im Rahmen der Welthandelsorganisation WTO einbezogen. Dabei werden alle Dienstleistungen erfasst — ausgenommen diejenigen, die in Ausübung hoheitlicher Gewalt erbracht werden. Zur Zeit laufen die Verhandlungen über die Ausmaße des GATS. Sollten die jetzigen Pläne durchkommen, werden nationale Dienstleistungsmärkte bald für private Anbieter — auch ausländische — völlig geöffnet werden. Der Meistbegünstigungsgrundsatz, das Marktzugangsgesetz und das Inländerprinzip werden auch für die Erbringung öffentlicher Güter wie Wasser, Verkehr und Energie gelten. D.h. im wesentlichen: Ausländische Anbieter halten die selben Rechte wie heimische Anbieter, der private Sektor die gleichen Rechte wie öffentliche Institutionen. Auch die Befriedigung der Grundbedürfnisse wie Gesundheit und Bildung sollen dem Markt überlassen werden — öffentliche Güter sollen wie beliebige Waren behandelt werden. Praktisch alle Regulierungsmöglichkeiten wie Verbraucherschutz, Subventionen, Zuschüsse und Schutzlizenzen sollen verboten werden. Hat sich ein Land einmal zu Marktöffnung und Inländerbehandlung für einen spezifischen Bereich bereit erklärt, ist dieser Schritt kaum noch reversibel.¹³ Im Blick auf die Bestimmungen in punkto Direktinvestitionen kann das GATS gar als zweiter Anlauf des 1998 gescheiterten multilateralen Investitionsschutzabkommens MAI betrachtet werden.¹⁴

Die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und sozialer Sicherung ist Schwerpunktthema des 2003 beginnenden Projekts »soziale Folgen der Globalisierung« des Asienhauses.

Die Jahrestagung des philippinenbüros (21-23.2003 in Oberursel) und die Asienhauskonferenz in Brühl/Rheinland (voraus. 8-10.10.2003) beschäftigen sich mit diesem Thema. Informationen unter 0201/8303828.

Anmerkungen

- 1) Uwe Hoering kommt in seiner Studie *Privatisierung des Wassersektors, WEED, Berlin, 2001* zu dem Ergebnis »Der »Paradigmenwechsel« (...) hin zu einer Zusammenarbeit mit privaten Investoren ist eher ideologisch motiviert als eine informierte, begründete Entscheidung. Weder ging ihm eine gründliche Analyse der vielfältigen Ursachen für das Versagen öffentlicher Versorgungsunternehmen noch eine unvoreingenommene Bestandsaufnahme der bisherigen Erfahrungen (...) voraus«.
- 2) Die Überlassung von Filetstücken (Städte, Feriengebiete, Trinkwasserversorgung, Hochtechnologie) und der Verkauf des Tafelsilbers verunmöglicht zudem Quersubventionierung der verbleibenden Zuschussbereiche.
- 3) Dazu die SAPRI-Studie: »Die Privatisierung hat den sozioökonomischen Wohlstand der Bevölkerungsmehrheit in diesen Gesellschaften nicht erhöht, da der Großteil der Gewinne

einer kleinen Gruppe bereits Privilegierter zufließt. (...) Die erwartete Entstehung einer starken besitzenden Mittelklasse durch die Privatisierung (hat) nicht stattgefunden.«

- 4) Dabei handelt es um Managementverträge, d.h. das Eigentum an den Anlagen bleibt in Händen des Staates, Betrieb und Instandhaltung liegt in der Verantwortung der Konzessionäre.
- 5) Damit einher ging allerdings eine Entlassungswelle. Von ursprünglich 10 000 Angestellten wurden 4000 in den vorzeitigen Ruhestand geschickt, weitere 2600, anfangs meist Gewerkschafter, wurden entlassen.
- 6) Trotzdem meint Jude Esquerro vom Netzwerk Bantay Tubig: »Der Wasserpreis ist ein Problem der Mittelklasse, die Armen freuen sich, dass sie nun überhaupt angeschlossen werden.«
- 7) Das Bergland von Nordluzon ist Standort mehrerer Großstaudämme. Der größte — der San

Roque Damm — ist nahezu fertiggestellt. Über die letzten Jahrzehnte sind von Großstaudammprojekten (die größten: Agno, Ambuklao und Binga) immer wieder ganze Dörfer überschwemmt worden und haben Erosion und Verschlammung Millionen Hektar fruchtbares Land zerstört. Die angestammte Bevölkerung, meist Indigene, wurden aus ihrer Heimat vertrieben und an andere Orte verfrachtet, ohne Entschädigung jeglicher Art. In erster Linie sollen diese Projekte Energie und Wasser für die Region Metro Manila und die dort angesiedelte (exportorientierte) Industrie und Bevölkerung liefern, nicht aber der Region und ihrer Entwicklung zugute kommen. Weiterführend siehe dazu: Dorothy Guerrero, *Den Bach heruntergegangen, Südostasien 2/2002*, S.78-79 bzw. Niklas Reese, *Kann Partizipation Berge versetzen?*, Südostasien 1/2000, S. 76-81.

- 8) Zum Vergleich: Die (allesamt noch öffentlichen) Versorger in den übrigen Großstädten der Philippinen weisen eine Quote von 30-35 Prozent von sogenannten Non-Revenue Water (NRW) auf, in Japan liegt die Quote sogar nur bei 10 %. Ursprünglich hatte Maynilad für 2001 die Senkung der Quote von 57 (1997) auf 37 Prozent zugesagt — nun ist sie sogar gestiegen. Verträge mit ineffizienten Subunternehmen sollen ein Hauptgrund dafür sein.
- 9) Noch verhindert ein Gesetz zumindest Monopolpreise. Um exzessive Preise für natürliche Monopole wie Wasser oder Strom zu verhindern, gilt in den Philippinen, dass die Monopolisten nicht mehr als 12 Prozent ihrer Investitionen Profit machen dürfen. Der Strommonopolist in Metro Manila, die Manila Electric Co. (Meralco) hat das kürzlich bitter erfahren müssen. Im November 2002 entschied der Oberste Gerichtshof, dass Meralco eine Profitrate von 21 Prozent einstrich und seit 1994 von seinen Kund/innen überhöhte Preise verlangt hat, u.a. da man rechtswidrig der Körperschaftsteuer die Betriebskosten zugerechnet hatte. Nun muss Meralco 28 Milliarden Pesos an die Verbraucher zurückzahlen.
- 10) Im Juni 2002 hat die Präsidentin Arroyo vorübergehend die PPA senken lassen, dies allerdings durch Kreditaufnahme finanziert.
- 11) Der Verabschiedung des Gesetzes war ein Bestechungsskandal während der parlamentarischen Beratungen vorangegangen. Und der IWF hatte sich in persönlichen Briefen an die Abgeordneten gewandt und sie zur Zustimmung zu dem Gesetz aufgefordert.
- 12) »Zurecht weist der ehemalige Präsident der National Power Cooperation, Guido Delgado, darauf hin, dass auch die IPPs ihre anfallenden Fixkosten decken, ihr Personal, ihre Zulieferer und ihre Schulden bezahlen müssen, auch wenn sie kaum Strom produzieren sollten — und ein Recht darauf haben, ihre Investitionen angemessen verzinst bekommen, wenn diese auf Grundlage eines Vertrages getätigt wurden.
Umstritten bleibt aber, ob das ganze Investitionsrisiko dem staatlichen Nachfrager aufgebürdet werden sollte und auch Extraprofite und unzulässige Vertragsklauseln mit solchen Argumenten legitimiert werden können. Dass es auch anders geht, zeigt der Fall des dritten Terminals von Manilas internationalem Flughafen. Nachdem sich in den Klauseln des Vertrages viele »Unregelmäßigkeiten« fanden, hat Präsidentin Arroyo im November 2002 den Vertrag mit dem Betreiber PIATCO annulliert.
- 13) Susan George spricht daher vom geplanten internationalen Dienstleistungsabkommen GATS als »größter Bedrohung für die Demokratie.« (epd-Entwicklungspolitik 15/2002).
- 14) In Deutschland ist die »AG Welthandel und WTO« von attac federführend in der Kampagne gegen das GATS. Weitere Informationen unter www.attac-netzwerk.de/gats